



Wahlkämpfer Schröder (in Fürth): „40 + x“ erhofft sich der Kandidat – ein zusehends anspruchsvolles Vorhaben

IMO

Was reitet den Kanzler?

Machtmaschine mit Aussetzern: Der gefürchtete Wahlkämpfer Helmut Kohl leistet sich schwere Fehler. Dabei wird der Abstand zwischen Union und SPD in den Meinungsumfragen langsam kleiner. Noch nie war eine Bundestagswahl kurz vor Toresschluß so offen wie diesmal.

Es sollte eine vergnügliche Reise in die Zukunft werden. An Bord des neuen ICE „Claus Graf Stauffenberg“ wollte Helmut Kohl dem Volk zeigen, daß der deutsche Osten, Kohl sei Dank, den Anschluß an das europäische Schienennetz gefunden hat.

Die Show ging – wieder mal – daneben. Anstatt in heiterer Champagnerlaune präsentierte sich Kohl gegenüber den mitreisenden Journalisten als übellauniger Griesgram. Denn die interessierten sich am vergangenen Dienstag weniger für die strahlende Zukunft der Deutschen Bahn AG. Sie wollten vielmehr wissen, was es mit der Mehrwertsteuer auf sich habe, deren Erhöhung Kohls Jugendministerin Claudia Nolte für die Zeit gleich nach der gewonnenen Wahl in Aussicht gestellt hatte.

Ausgerechnet Nolte, das Nesthäkchen aus dem Osten, mischte sich vorwitzig in die große Politik ein und verstieß gegen ein Überlebensprinzip des Dauerkanzlers aus der Pfalz. Die Wahrheit, so lautet seine Maxime, ist ein so kostbares Gut, daß man im Wahlkampf besonders sparsam damit umgehen muß.

„Ich denke nicht daran, daß ich irgendeinen Grund habe, mich hier über Steuerfragen vor der Wahl zu äußern“, versuchte der Kanzler die fatale Debatte zu ersticken, „und ich rate es auch keinem Kabinettsmitglied.“

Hätte er nur selbst geschwiegen. Denn kurz darauf hielt Kohl es für angebracht, ein neues Faß aufzumachen. In einem Interview mit der Dresdner „Sächsischen Zeitung“ verkündete er zum Er-

staunen seiner Parteifreunde, er gedenke nach der Wahl die gesetzlichen Beschränkungen für den Lauschangriff aufzuheben.

Die Machtmaschine Helmut Kohl hat Aussetzer, der professionellste aller Wahlkämpfer leistet sich diesmal Blackouts und Fehler in Serie. Der Kanzler, der ein fast schon legendäres Gespür für die Wünsche und Erwartungen des Volkes besitzt, verliert die Orientierung. Er gerät in Panik.

Auf der Zielgeraden bestimmen Pannen und Peinlichkeiten den Wahlkampf der Koalition. Für Aufregung und helles Entsetzen in den eigenen Reihen sorgte zusätzlich Wolfgang Schäuble, der auf Distanz zum Kanzler ging, ausgerechnet in einem „Playboy“-Interview.



Wahlkämpfer Kohl (in Trier): „Ich denke nicht daran, mich über Steuerfragen zu äußern“

M. URBAN

Was passiert da? Geben erfahrene Kämpfer die Wahl schon verloren, oder wollen sie das Blatt gewaltsam wenden, nicht wissend, wie?

Verkehrte Welt: Eigentlich müssten die Sozialdemokraten in Panik verfallen, denn der Vorsprung, den sie seit Monaten innehaben, schmilzt bedenklich. „40 + x“ erhofft sich Kandidat Schröder – ein zusehends anspruchsvolles Vorhaben.

Eigentlich könnte Kanzler Kohl sich bestätigt fühlen, weil er und die Union langsam aufholen. Daß aber die Wende im Wahlkampf noch immer nicht eingetreten ist, löst Nervosität aus. Die Folge sind selbstverschuldete Fehler.

Nie zuvor in der Nachkriegsrepublik war die Bundestagswahl kurz vor Toreschluß so offen wie diesmal. Vieles scheint möglich dank des vertrackten deutschen Wahlsystems. Welche Partei am Ende den Kanzler stellen darf, welche Regierungskoalition möglich ist oder nötig wird, hängt von allerlei Faktoren ab, auch vom Abschneiden der kleinen Parteien.

In einer Umfrage des Bielefelder Emnid-Instituts im Auftrag des SPIEGEL liegt die SPD (41 Prozent) eine Woche vor der Wahl nur noch zwei Punkte vor der Union (39 Prozent). Die Grünen stagnieren bei 6, PDS und FDP jeweils bei 5 Prozent – keine sichere Bank, denn die

Demoskopien rechnen bei derlei Umfragen mit einer Fehlerquote von mindestens einem Prozentpunkt nach oben und unten.

Kommen alle sechs Parteien in den Bundestag, ist die Große Koalition unausweichlich. Bleibt die PDS (oder auch die FDP) draußen, hat Rot-Grün wohl eine funktionsfähige Mehrheit.

Herausforderer Schröder strahlt die Zuversicht und Gelassenheit eines Siegers aus – sein demoskopischer Vorsprung vor Kohl indes bröckelt: Im August waren es 18 Prozentpunkte, jetzt sind es noch 12. Die Zahl der Anhänger der regierenden Koalition wuchs von 16 auf 21 Prozent – gleichauf liegen die Freunde für Rot-Grün. 35 Prozent (August: 54 Prozent) der Deutschen wollen jetzt wieder eine Große Koalition.

Das Duell zwischen dem ewigen Kanzler Kohl und seinem Herausforderer Schröder ist noch keineswegs entschieden. Der Endspurt könnte in einem toten Rennen enden – und ein lachender Dritter Kanzler einer Großen Koalition unter CDU-Führung werden: Wolfgang Schäuble.

Soviel Spannung in so einem seltsamen Wahlkampf. Er dürfte eingehen in die Geschichte als eine Ansammlung von Kapriolen und Grottesken, mehrheitlich dargeboten von der CDU.

Dabei verlief der Auftakt zur letzten Etappe für Kanzler Kohl ganz nach Wunsch: Die CSU hatte bei der bayerischen Landtagswahl mit 52,9 Prozent einen grandiosen Erfolg eingeheimst und damit der CDU die erhoffte „Steilvorlage“ geliefert.

Befeuert von neuem Optimismus, rüstete die Truppe des Kanzlers zur dramatischen Aufholjagd. Die Union werde einen „Wahlkampf al dente“ führen, versprach CDU-Generalsekretär Peter Hintze. Am 27. September werde sie „den Stimmungshöhepunkt erreichen und Rot-Grün weichgekocht haben“.

Doch dann kam Claudia. Kohls ostdeutsche Lieblingsschülerin plauderte neues Unheil herbei. Während einer Podiumsdiskussion im thüringischen Suhl versicherte die Familienministerin am Tag nach der Bayern-Wahl treuherzig, die Regierung Kohl wolle nach der gewonnenen Bundestagswahl die Mehrwertsteuer um einen weiteren Punkt anheben – von 16 auf 17 Prozent.

Das war eine Bemerkung mit Bekennermut: „Wir müssen im Wahlkampf ehrlich sein.“ Auf Nachfrage versicherte Nolte dem Auditorium: „Ja“, eine Mehrwertsteuererhöhung sei von der Regierung geplant, so stehe es schließlich im Reformkonzept von Finanzminister Theo Waigel.

Das Unwort war gefallen: Steuererhöhung. Monatelang war der Kanzler

Wanzen sollen Kohl retten

RUDOLF AUGSTEIN

*Zwischen Lipp' und Kelchesrand
schwebt der finstern Mächte Hand.*

Was die „Frankfurter Allgemeine“ in ihrer unnachahmlichen Art einen „geschickten Zug“ des noch amtierenden Kanzlers nennt, ist nur ein SOS-Ruf. Den Sieg knapp vor Augen, sieht er durch die jüngste Pannenserie seine Felle davonschwimmen. Der Mann ist in Seenot, man muß das wohl Panik nennen.

Wer zehn Tage vor der Wahl verkündet, er wolle das erst vor einem halben Jahr vom Bundestag beschlossene Lauschangriffsgesetz von allen Einschränkungen befreien – was, wie er wohl weiß, auch dann nicht gelänge, wenn er wieder Kanzler würde –, der vergrößert das selbstverschuldete Chaos. So plump darf man mit der Mettwurst nicht nach dem Schinken werfen.

Dabei steckt Kohl noch mitten in der Krise um seine geplante „Steuerlüge“. Seine ihrem Amt nicht gewachsene Familienministerin Claudia Nolte, „das Kind“ (Wolfgang Schäuble in der „Welt“), plauderte aus, was sie so nebenbei mitgekriegt hatte: Eine Erhöhung der erst im April heraufgesetzten Mehrwertsteuer sei „Konzept ihrer Partei“, und „wir müssen ehrlich sein“.

Ob solcher Ehrlichkeit entsetzt, wütete der Bundeskanzler mit hochrotem Gesicht vor Fernsehleuten: „Ich denke nicht daran, mich vor der Bundestagswahl zu Steuerfragen zu äußern, und ich rate es auch keinem Kabinettsmitglied.“

Zwar wurde Kohl dafür gelobt, daß er zumindest keine neue Steuerlüge von sich gegeben habe. Er merkte aber selbst, daß er ein Eigentor geschossen hatte. Am nächsten Tag donnerte er vor dem Verband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken in Dresden, immer noch recht wolkig: „Was immer Sie an Torheiten in den vergangenen Tagen gehört haben – vergessen Sie es. Das kommt nicht. Das verspreche ich Ihnen.“

So sehen Versprechungen aus Kohls Mund meistens aus. Er verspricht alles und nichts.

CSU-Waigel kann er den Mund nicht verbieten. Er wolle, so sagte

der, gleichfalls fernab von jeder Realität, keine Steuererhöhungen. CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Schäuble tat kund, eine Erhöhung der Mehrwertsteuer stehe jetzt nicht an, sei aber nicht völlig auszuschließen. „Irgendwann“ könne sie nötig sein, weil man eine Harmonisierung der Steuersätze in Europa brauche. Die bräuchten wir auch jetzt schon, aber sie wird nicht kommen. Welch glaubwürdige Politik! Der dumme Wähler merkt ja nichts.

Vielleicht aber merkt er doch, daß der Panik-Kanzler sein Wahlvolk mit einem Roßtäuschertrick bewußt irreführen will, wenn er die vom Bundestag schon einmal verworfene uneingeschränkte Wanzenüberwachung durchzusetzen vorgibt. Dabei weiß er, daß eine Mehrheit in beiden Kammern dafür nicht zu haben sein wird – wie immer die Wahl ausgeht. Der Roßtäuscher hätte sicher auch nichts dagegen, sich der Videoüberwachung zu bedienen, wie ihm der neue Vorsitzende der Polizeigewerkschaft Norbert Spinrath rät.

Auch wenn die FDP unter Gerhardt, Kinkel und Westerwelle hier wieder umfiele, was fast undenkbar wäre, würde der Bundesrat dieses gefährliche Spiel zunichte machen. Es wird also bei der bisherigen, angeblich so unwirksamen Regelung bleiben, mit der man ja Erfahrungen noch gar nicht hat machen können.

Warum eigentlich klammert Kohl sich um jeden Preis an seinen Sessel? In einem Gespräch mit der „FAZ“ nennt er uns einen Grund, der plausibel klingt: Er wolle sich mit seiner ganzen Autorität für die Osterweiterung der Europäischen Union einsetzen.

Dieser Einsatz seiner Autorität hat uns bisher schon viel Geld gekostet und wird uns weiterhin noch mehr Geld kosten. Es ist gar nicht einzusehen, warum Deutschland hier finanziell den sonst verpönten „Sonderweg“ einschlagen soll, während alle seine Nachbarn gar nichts oder nur wenig zu zahlen bereit sind. Kohls Lebenswerk-Pflege hat Gründe, aber sie sollte den Deutschen nicht weiterhin zur Last fallen.

„Verbraucht“ hat Herausforderer Gerhard Schröder den nun 16 Jahre re-

gierenden Kanzler genannt. Das klingt hart, entspricht aber einer allgemein bekannten Erfahrung. Kohl hat, wie selbst Gegner zugeben, eine enorme Lebensleistung hinter sich – eine zu lange, wie letztlich auch seine Freunde meinen.

Wie wenig er die Dinge noch überblicken kann, haben die vergangenen 14 Tage ganz deutlich gemacht. Er ist verbraucht, und wenn nicht Schröder, so müßte doch in jedem Fall ein anderer Kanzler her. Den Abgang in Ehren hätte er verdient, er hat ihn aber verpaßt – wie Großvater Adenauer. Kohl will es einfach „noch einmal wissen“.

Er sieht am Ufer des Rheins nur „geschliffene Kiesel“, während er der „ungeschliffene Brocken“ ist, „an dem sich das Wasser teilt“. So hochgestochen hat bisher kein Bundeskanzler von sich dahergeredet. Daß Menschen, die ja allesamt ersetzlich sind, sich für unersetzbar halten, ist normal. Es menscht eben allenthalben, so Kohl, als er noch in der Opposition war.

Merkwürdig bleibt, daß die Mehrheit der befragten Wähler eher den Kiesel Schröder als den Brocken Kohl wahrnimmt. Daß Kohl mehr Erfahrung im Kanzleramt aufweisen kann als Schröder, ist ebenso banal wie richtig. Dann könnte aber nur der Himmel den Kanzlerstuhl leer fegen.

Helmut Schmidt hat es gesagt, und vielleicht glaubt er es auch, daß 8 Jahre im Kanzleramt genug, wenn nicht zuviel seien. Die wenigen Spitzenpolitiker verbrauchen sich schneller als andere Berufsgenossen. Sie schweben allenfalls 15 Jahre in Adlers Höhen. Das ist auch nach englischem Wahlrecht nicht anders.

Der Kanzler hat sich mit dem Schlachtruf in die Menge gestürzt, die letzten zwei Wochen sollten es bringen. Sie haben es gebracht, aber anders, als er dachte. Zutage getreten ist ein Führungschaos ohnegleichen, und kaum ein Tag vergeht ohne Steilvorlagen, die im eigenen Netz landen. Knapp wird es, und keiner der beiden Kandidaten kann sich schon sonnen.

Es käme Kohl zugute, sollte sich an ihm das abgewandelte Wort des Galilei bewahrheiten: „Und er bewegt sich doch.“



Kanzler Kohl, Sprecher Hauser: Kampagne gegen Rot-Grün

über die Straßen und Plätze dieser Republik gezogen und hatte damit geworben, daß er – einen Wahlsieg vorausgesetzt – die Steuerlast der Bürger um netto 30 Milliarden Mark senken werde.

Obwohl die unglückliche Familienministerin beteuerte, „in der Hitze des Gefechts“ sei ihr „ein Versehen unterlaufen“, setzte es derbe „Wahlprügel“, wie „Bild“ titelte. „Töricht“, schäumte der Kanzler, und die FDP-Granden schüttelten die Köpfe. Vergeblich versuchte der entnervte Finanzminister Theo Waigel, das lästige Thema beiseite zu schieben. Er plane keine Erhöhung der Mehrwertsteuer, ganz bestimmt nicht.

Die Opposition stürzte sich auf die „neue Steuerlüge“ der Kohl-Regierung. Für ihre Wahrhaftigkeit müßte man der Frau Nolte „einen Orden verleihen“, höhnte SPD-Chef Oskar Lafontaine. Und die SPD-Wahlkampfzentrale „Kampa“, Abteilung Gegnerbeobachtung, ernannte die Ministerin zu „unserer Mitarbeiterin der Woche“.

Wahlkämpfer Waigel bekam den Frust, der über den Nolte-GAU bei der eigentlich zuversichtlichen CSU-Basis herrscht, zu spüren. Im Technologiepark Rimpf bei Würzburg schimpfte ein örtlicher CSU-Funktionär, Claudia Nolte könne „alles noch richtig versauen“. Und ein anderer forderte: „Ihr sollt sie einsperren bis zur Wahl, dieses, dieses ... Frollein.“

Aber wer hält den redseligen Kanzler unter Kuratel?

Ein Interview mit Kanzler Kohl wollte die „Sächsische Zeitung“ schon lange haben. Sie ist in Dresden eine Macht – Auflage: 390 000 Exemplare. Deshalb schlug das Kanzleramt einen Kompromiß vor, den sich vorzugsweise Diktatoren vorbehalten: schriftlich eingereichte Fragen, schriftliche Antworten. Chefredaktion und Politikchef Dietmar Seher ließen sich auf das ungewöhnliche Verfahren ein: besser so ein Kanzler-Interview als keines.

Die Fragen kreisten um den Osten, um Arbeitslosigkeit und die bekannten Standortprobleme in Ostdeutschland. Innere Sicherheit kam eigentlich nicht vor. Warum sich Kohl, 16 Jahre im Amt, noch einmal vier Jahre antun wolle, lautete die Schlußfrage. Die Antwort enthielt neben der üblichen weihevollen Passage – Europa vollenden! – unvermittelt eine spektakuläre Passage zum Lauschangriff: „Im Bereich der Inneren Sicherheit geht es mir darum, sofort nach der Wahl die Hürden zu beseitigen, die SPD, Grüne und PDS gemeinsam gegen das

Wahlkampf gezerrt? Was reitet den Kanzler?

Der sogenannte Große Lauschangriff ist erst im Mai nach harten Kontroversen in den Parteien und in der Öffentlichkeit Gesetz geworden. Seither darf die Polizei bei der Strafverfolgung Wanzen in Privatwohnungen einsetzen. Ausnahme: Ärzte, Anwälte, Journalisten, Geistliche. Diese Ausnahmen will Kohl, so die Regierung bestätigt wird, demnächst rückgängig machen.

Für das Mai-Gesetz mußte das Grundgesetz mit Zweidrittelmehrheit geändert werden – ein höchst umstrittener Kraftakt. Für eine erneute Änderung der Strafprozeßordnung genügt jetzt die einfache Parlamentsmehrheit.

CSU-Generalsekretär Bernd Protzner gab dem Überraschungsmanöver des Kanzlers den gewünschten Dreh. Er rückte Teile der Opposition in den Dunstkreis krimineller Kumpanei: „Schröder, Schily und Trittin – das ist für die Mafia wie ein Sechser im Lotto.“

Betreten nahm FDP-Chef Wolfgang Gerhard Stellung: Er sehe beim Lauschangriff „keinen Handlungsbedarf“. Die in ihrer Existenz bedrohten Liberalen nutzten ihre Chance, sich als Wahrer der Bürgerrechte aufzuspielen, nur halbherzig.

Nach der Bonner Binnenlogik versuchte Kanzler Kohl, die innere Sicherheit, zumal im für Rechtsradikalismus anfälligen Osten, für seine Partei zu reklamieren. Daß sich auf diesem Wege die Grünen diskre-

Abhören von Gangsterwohnungen errichtet haben.“

Kanzlerberater Andreas Fritzenkötter habe das Interview genehmigt, erzählt Ressortleiter Seher. Und er selbst habe sich über die unverhoffte Aussage Kohls natürlich gefreut.

Die Wirkung der Interview-Passage haben der Kanzler und seine Berater offenbar unterschätzt. Denn vor allem seine wahlkämpfenden Parteifreunde stellten die naheliegende Frage: Warum um Himmels willen hat Kohl nun wieder dieses hochheikle Thema freiwillig in den

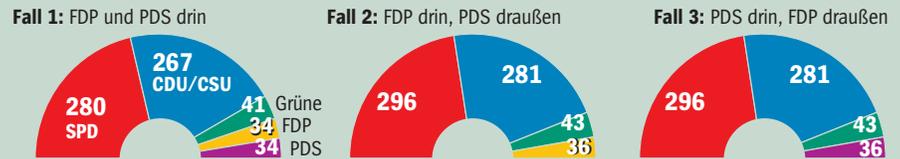
Sonntagsfrage

„Wen würden Sie wählen, wenn am 20. September Bundestagswahl wäre?“



Mögliche Sitzverteilung im künftigen Bundestag

nach dem derzeitigen Umfrageergebnis



Kanzlermehrheit: 329 Mandate



Emnid-Umfrage für den SPIEGEL, rund 2000 Befragte, 11. bis 16. September, an 100 fehlende Prozent: sonstige

DER SPIEGEL

Wahlkampf ohne Wahrheit

Im Endspurt zur Bundestagswahl hat die Ehrlichkeit keine Chance: Die Bonner Debatte um die längst beschlossene Erhöhung der Mehrwertsteuer wird zur Politposse.

Per Nachtflug war Theo Waigel aus den USA zurückgekehrt, als frisch gekürter Ehrendoktor. Und dann diese lästige Frage, wie denn nach der bereits beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung für die Rentenkasse nun die Steuerreform finanziert werden soll: Auch hier führe, so Waigel, an der Mehrwertsteuer „kein Weg vorbei. Das muß man ehrlich sagen“. Das war im Dezember 1997.

Neun Monate später, mitten im Wahlkampf, halten die Parteien soviel Klarheit für abträglich. Plötzlich klingt Waigel ganz anders: „Wir planen keine Mehrwertsteuererhöhung.“ Und der Kanzler selbst ergreift beim Verbandstag der Volks- und Raiffeisenbanken das Wort: „Was immer Sie an Torheiten gehört haben, vergessen Sie es. Das kommt nicht.“

Eine neue Steuerlüge des Kanzlers scheint programmiert. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer war längst beschlossene Sache.

Schon die „Petersberger Beschlüsse“ der Union, die das Konzept für die große Steuerreform festlegten, kalkulieren im Prinzip fest damit. Die Erhöhung der indirekten Steuern ist dort als Teil der Gegenfinanzierung eingeplant, weil die Senkung der Steuersätze sonst den Staat arm machen würde. Trotzdem bliebe eine Nettoentlastung für alle von immerhin 30 Milliarden Mark.

Lange war Waigel mächtig stolz auf sein Steuerreformkonzept, das auf den Ideen einer Expertenkommission beruht (siehe Seite 68). Immer wieder verkündete er, daß die Regierung, anders als die Opposition, schon einen fertigen Gesetzentwurf vorgelegt habe – verabschiedet am 26. Juni 1997 durch den Bundestag, blockiert durch die Genossen im Bundesrat. Nach der Wahl, so lautete die Losung der Unionsspitze, werde die Koalition diesen Entwurf erneut im Parlament einbringen.

Der Gesetzentwurf enthält die Erhöhung der Mehrwertsteuer – wenn

auch in verklausulierter Form. Die im Juni 1997 verabschiedete Fassung (Drucksache 13/8023) zählt akribisch die „finanziellen Auswirkungen der Steuerreform insgesamt“ auf. Danach reißen erste und zweite Stufe ein Minus von fast 45 Milliarden Mark in die Staatskasse; es bleibt bei der versprochenen Nettoentlastung von 30 Milliarden Mark also ein Defizit von 15 Milliarden.



Ministerin Nolte: Die Tour vermasselt

Wer wissen will, wie dies gedeckt wird, muß auf Seite 37 nachschlagen. Dort findet sich eine Fußnote, in der es heißt: „Das Defizit soll durch Umschichtung von direkten zu indirekten Steuern verringert werden.“ Indirekte Steuern – dazu gehört neben der Mineralöl- oder Tabaksteuer vor allem die Mehrwertsteuer. Und die bringt dem Fiskus für jeden Prozentpunkt zusätzlich 15 bis 16 Milliarden Mark.

Christine Scheel, Finanzexpertin der Grünen, reklamiert für sich, daß sie als erste im Finanzausschuß diese Fußnote entdeckt hat. Und seither zieht die bayrische Grüne mit der Parole durchs Land: „Leute, der Waigel sagt euch nur die halbe Wahrheit!“

Erfolgreich gelang es dem Bonner Kassenwart bisher im Wahlkampf, von Entlastung und Steuersenkung zu

schwärmen. Von der Gegenfinanzierung und damit einer Anhebung der Mehrwertsteuer war keine Rede, bis Claudia Nolte dem Minister die Tour am vergangenen Montag vermasselte.

Doch der Regierungsapparat schien ihre Aussage anfangs zu bestätigen. So zitierte die Nachrichtenagentur Agence France Press (AFP) am Mittwoch einen Sprecher des Finanzministeriums: „Waigel schließt Mehrwertsteuererhöhung nicht aus.“ Um 10.06 Uhr wurde die Meldung verbreitet. Doch um 11.12 Uhr ließ der Sprecher dies eilends als „Falschmeldung“ dementieren – weil AFP sich weigerte, diesmal gegenüber der Deutschen Presse-Agentur: „Waigel-Ministerium: Keine Steuererhöhungen“, hieß es jetzt.

Der Minister und seine Helfer bemühen sich seither zu erklären, warum die Mehrwertsteuererhöhung gar nicht mehr nötig sei. Denn erstens sei die Arbeitslosigkeit auf dem Rückmarsch, zweitens würden die Steuereinnahmen kräftiger als erwartet sprudeln. Und drittens sei ein Teil des ursprünglichen Plans, die Senkung des Solidaritätszuschlags, ja Ende letzten Jahres doch noch umgesetzt worden. Kurzum: Eine modifizierte Steuerreform sei ohne höhere Steuern möglich.

Daran mögen die Experten der Opposition nicht glauben: Die Haushaltsrisiken seien durch Asienkrise und Rußlandchaos eher gewachsen, die Auswirkungen auf Wachstum und Steuereinnahmen noch nicht absehbar. Schwierigkeiten bei der Postbank-Privatisierung kommen hinzu. Und was wird mit den längst überfälligen Zinszahlungen aus Rußland?

Selbst ohne Steuerreform ist eine Anhebung der Mehrwertsteuer schon bald unausweichlich. Die Europäische Union arbeitet seit längerem daran, die Steuersätze in allen Mitgliedsländern anzugleichen – und da liegt Deutschland mit 16 Prozent Mehrwertsteuer am unteren, Dänemark mit 25 Prozent am oberen Ende der Skala.

Im Sommer 1996 verkündete auch der Kanzler am Wolfgangsee, im Rahmen einer durchgreifenden Steuerreform sei eine Mehrwertsteueranhebung „unumgänglich“.



K.-B. KARWASZ

Liberaler Gerhardt, Kinkel, Westerwelle*: „Kein Handlungsbedarf“

ditieren lassen, kommt aus CDU-Warte erleichternd hinzu.

Joschka Fischer, so hatte Kohl zwar in der „Zeit“ beinahe respektvoll angemerkt, sei ein „hochbegabter Mann und Politiker“, der einen „interessanten Weg zurückgelegt“ habe. Das aber sieht er, wenn es sich anbietet, auch schon mal anders.

Bei einem Spitzentreffen der Koalition empörte der Kanzler sich darüber, daß Fischer und der ehemalige RAF-Anwalt Otto Schily (SPD) für Ministerämter in einer rot-grünen Regierung gehandelt werden. Dagegen müßten die Koalitionäre etwas unternehmen.

Auch die angebliche Verstrickung Fischers in den Waffentransport beim Mord

am hessischen Wirtschaftsminister Heinz Herbert Karry im Jahre 1981 suchten Konfidenten des Kanzlers zu einer Kampagne umzumünzen. Nach der Festnahme des ehemaligen Terroristen Hans-Joachim Klein in der Normandie, der im Frankfurt der siebziger Jahre einen Wagen vom WG-Mitbewohner Fischer benutzt hatte, drängte Kohls Regierungssprecher Otto Hauser Bonner Korrespon-



Gut für die SPD

„Für welche der politischen Parteien ist die politische Stimmung im Augenblick besonders günstig? Für die...“

	WEST	OST	ERSTWÄHLER	Gesamt
... CDU/CSU	29	13	20	25
... SPD	46	61	50	49

Lieber eine Große Koalition

„Wer wird die Bundestagswahl gewinnen und den Bundeskanzler stellen?“

	WEST	OST	ERSTWÄHLER	Gesamt
CDU/CSU und FDP	27	19	23	26
SPD und Grüne	30	28	36	29
Große Koalition von SPD und CDU/CSU	33	42	33	35

Große Lösung

„Welcher Koalition trauen Sie am ehesten eine Lösung der gegenwärtigen Probleme zu?“

	WEST	OST	ERSTWÄHLER	Gesamt
CDU/CSU und FDP	22	16	24	21
SPD und Grüne	21	22	24	21
Große Koalition	35	36	29	35
SPD und FDP	7	5	7	7

Emnid-Umfrage für den SPIEGEL, rund 1000 Befragte, 15. bis 16. September, an 100 fehlende Prozent: sonstige

den, doch, bitte schön, in den Fall einzusteigen.

Die Verweildauer solcher Aufregungen in den Schlagzeilen ist kurz. Wie ein roter Faden hingegen zieht sich die weitere Verwendung des ausgerufenen Kohl-Nachfolgers Schäuble durch diesen teils faden, teils hysterischen Wahlkampf.

In der neuen Ausgabe des Herrenmagazins „Playboy“ plaudert der Kronprinz, befragt von Peter Boenischs Ehefrau Julia, über sein lange schon nicht mehr spannungsfreies Verhältnis zu Kohl. „Politisch ungeschickt“ habe der Kanzler gehandelt, als er ihn frühzeitig zum Wunschnachfolger im Kanzleramt ausgerufen habe. Solche Entscheidungen müßten getroffen werden, wenn sie anstünden.

Ausdrücklich verwarnte sich der Mann im Rollstuhl gegen die ständigen Belobigungen, die ihm Kohl zuteil werden läßt: „Zuviel Freundschaftsbekundung kann schaden.“ Die Sozialdemokraten hätten mit dem „Rivalen-Szenario Schröder/Lafontaine vorgemacht, wie es geht“. Das sei perfekte Regie gewesen.

In der Union sorgten diese Äußerungen für entsprechenden Aufruhr. Mit wenigen Worten führte Schäuble noch einmal vor, daß zwischen ihm und Kohl ein mühsam unterdrückter Konflikt schwelt.

Die ungeklärte Nachfolge verfolgt die Christdemokraten im Wahlkampf wie eine chronische Krankheit. Immer wieder brach sie hervor, stets versuchte Kohl, sie mit Macht zu unterdrücken.

Den Urfehler hatte der Kanzler begangen, als er Schäuble auf dem Leipziger Parteitag im Oktober 1997 zu seinem Erben ausrief. Das „Wann“ läßt er seither unbeantwortet. Die Schwesterpartei CSU war damals nicht informiert. Sie läßt ihren Ärger darüber und ihre Distanz zu dem protestantischen Badener nachhaltig spüren.

Einen langen Sommer hindurch interpretierten CDU und CSU die Erbfolge-Regelung unterschiedlich. Je länger die demoskopische Talfahrt der Union anhielt, desto größer wurde das Verlangen nach einer verbindlichen Klärung, wann denn Kohl seine Tage im Kanzleramt beschließen werde.

Ende August versuchte Kohl nochmals, ein Machtwort zu sprechen: „Ich kandidiere für diese Legislaturperiode“, erklärte er „Punkt. Aus. Feierabend.“ Aber am selben Tag gab auch Schäuble kund, der Kanzler habe mit seiner Ankündigung doch „ein Stück weit offengelassen, was innerhalb dieser vier Jahre sein kann“.

Schäuble ist ein Rationalist, dem ein inhaltlich bestimmter Wahlkampf gegen den geschmeidigen Kanzlerkandidaten Schröder vorschwebte. Aus dieser Sicht sind die pausenlosen Querelen und Kursdebatten

* Ende Juni auf dem FDP-Parteitag in Leipzig.

Informantin wider Willen

Bei der Fahndung nach dem in Frankreich untergetauchten Ex-Terroristen Hans-Joachim Klein spähten die Strafverfolger eine Journalistin aus.

Der Ausstieg sollte auf der großen Bühne spielen. Der frühere Frankfurter Straßenkämpfer, ehemalige Terrorist und leidenschaftliche Opernliebhaber Hans-Joachim Klein wollte sich nach 22 Jahren im Untergrund am vergangenen Mittwoch seinen Verfolgern stellen – nicht heimlich und leise, sondern mit einem fulminanten Interview in der Illustrierten „Stern“.

Alles war besprochen, das Gespräch geführt, die Fotostrecke komponiert, die Termine vereinbart. Da schlug die Polizei zu. In dem normannischen Dorf Sainte-Honorine-la-Guillaume, in dem Klein fünf Jahre lang gelebt hatte, spürten ihn Zielfahnder des Bundeskriminalamts (BKA) am 8. September auf. Klein war gerade mal wieder auf einen Schluck ins Bistro gegangen.

„Durch kriminalistische Kleinarbeit“, verbreitete das BKA stolz, habe das Fahndungsteam „eine Spur“ zu dem Gesuchten entdeckt. Über Details aber mag weder die Polizei noch die ermittelnde Staatsanwaltschaft in Frankfurt am Main Auskunft geben. Auch der grüne Minister Rupert von Plottnitz in Wiesbaden, oberster Chef der hessischen Justiz, schweigt zu den Details: „Über ermittlungstaktische Maßnahmen spreche ich nicht.“

Das wird Plottnitz bald müssen. Denn die Fahnder haben bei der Jagd nach Klein auch vor rechtlich bedenklichen Methoden nicht zurückgeschreckt. Brisante Akten mit dem Stempel „VS – vertrauliche Verschlussache“ halten das Protokoll einer Schnüffelaktion fest, bei der eine Journalistin ausgespäht wurde.

Der Eingriff, den ein Richter genehmigte, trifft nicht nur die privaten Grundrechte der ins Visier genommenen Personen, er berührt auch die Pressefreiheit. Werden Reporter für die Strafverfolgung instrumentalisiert, ist das durch die Verfassung geschützte Vertrauensverhältnis zwischen Journalist und Gesprächspartner nicht mehr viel wert.

Als Informantin wider Willen benutzen die Klein-Ermittler die „Stern“-Redakteurin Edith Kohn. Die Journalistin, die sich bestens in der früheren Frankfurter Sponti-Szene auskennt, stand über Monate in regelmäßigem Kontakt zu dem geläuterten Terroristen. Ihr erstes Interview mit dem keineswegs presseschuen

Mann im Untergrund hatte Kohn 1994 geführt. Schon damals gab Klein zu Protokoll: „Ich würde gern zurückkommen.“

Anfang dieses Jahres wurde es konkreter. Im Januar vereinbarten Klein und Kohn eine große Reportage über sein Le-

wo der Gesuchte sich als Journalist ausgab.

Der abgetauchte frühere Revoluzzer Klein hatte zahlreiche Kontakte – unter anderem zu einem Mitarbeiter des Bundesamts für Verfassungsschutz mit dem Tarnnamen Hans Benz. Zweimal traf der



Flüchtiger Klein in Sainte-Honorine: „Ich würde gern zurückkommen“

ben unter dem Decknamen Dirk Clausen, seine Beteiligung an dem Überfall auf eine Konferenz der Opec-Minister 1975 in Wien und die geplante Heimkehr nach Deutschland.

Im März reiste die Reporterin gemeinsam mit einem „Stern“-Fotografen zum Interview in die Normandie. Danach hat sie Klein nicht mehr gesehen, wohl aber mit ihm von ihrem Hamburger Privatanschluß aus telefoniert.

Was Kohn nicht ahnte: Im Mai hing die Polizei mit drin. Die Ermittler haben den Apparat der Journalistin zwar nicht abgehört, doch holten sie sich mit einem Beschluß nach Paragraph 12 des Fernmeldeanlagengesetzes von der Telekom die sogenannten Verbindungsdaten. So konnten sie herausfinden, welche Telefonanschlüsse in Frankreich Klein als Kontaktstellen nutzte. Die Franzosen klinkten sich dann in die Leitung ein. Schließlich führte die Spur nach Sainte-Honorine,



Straßenkämpfer Cohn-Bendit (1968) Kontakte in den Untergrund

sich mit dem Ex-Terroristen in Paris, um im Rahmen eines halbamtlichen Aussteigerprogramms Kleins Perspektiven in Deutschland zu sondieren.

Konkrete Ergebnisse gab es nicht, da Benz die Frankfurter Staatsanwaltschaft

nicht dazu bewegen konnte, Klein anstatt wegen Mordes lediglich wegen Beihilfe zu verfolgen. Bei dem Opec-Überfall wurden drei Menschen erschossen – er selbst aber habe auf niemanden gefeuert, beteuert Klein seit langem.

„Stern“-Redakteurin Kohn, die über die Benz-Connection informiert war, hielt besondere Vorsicht nach den Treffen mit Klein bei ihren Ferngesprächen nicht für nötig: „Es gab keinen Grund, eine telefonische Überwachung zu fürchten.“ Schließlich sei sie stets „davon ausgegangen, daß die Strafverfolgungsbehörden, mindestens der Verfassungsschutz, wissen, wo sich Klein aufhält“.

Obwohl der Abgetauchte 1979 ein Buch veröffentlichte und häufiger Interviews gab – auch dem SPIEGEL (Nr. 15/1995) –, blieb der Staatsanwaltschaft sein Zufluchtsort verborgen. Die Ermittler, die vergeblich auch die Herausgabe der Verbindungsdaten des grünen Europa-Parlamentarier und Klein-Kontaktmanns Daniel Cohn-Bendit beantragt hatten, griffen deshalb auf die Daten der Reporterin zurück.

Daß sie damit möglicherweise eine rechtliche Grenze überschritten, wissen die Frankfurter Verfolger aus eigener Erfahrung: Beim Bundesverfassungsgericht ist eine Beschwerde des ZDF anhängig, mit der sich der Fernsehsender gegen eine Maßnahme der Staatsanwaltschaft wehrt. Auf der Suche nach dem abgetauchten Baupleitler Jürgen Schneider hatten die Ermittler sich 1995 die Handy-Daten zweier ZDF-Reporter besorgt.

Im Fall Klein ist die Not der Fahnder um so erstaunlicher, als der Flüchtige über zwei Jahrzehnte in ein weitgespanntes Netzwerk von Unterstützern eingebunden war. Der Frankfurter Sponti-König Cohn-Bendit gehörte ebenso zum engeren Sponsorenkreis wie der französische Philosoph André Glucksmann oder der frühere Chefredakteur der Pariser Tageszeitung „Libération“, Jean-Marcel Bouguereau. Von ihnen bekam Klein, der zweimal Selbstmord begehen wollte, Rat, Trost und finanzielle Mittel zum Überleben.

Glucksmann beispielsweise erhielt nach Erscheinen der französischen Übersetzung von Kleins Buch regelmäßig die Post des Verlages für den Autor sowie seine Tantiemen: „Ich war sein offizieller Briefkasten. Wäre es der Polizei wichtig gewesen, ihn zu schnappen, wäre das nicht schwer gewesen.“

Geholfen habe er Klein, sagt Glucksmann, weil der Terrorist, der nach dem Opec-Überfall aus der Szene ausgestiegen war, durch seinen Verrat an den einstigen Kumpanen zu einem „sehr mutigen Anti-Terroristen“ geworden sei: „Er hat es ge-



Technik für Lauschangriff: „Sofort nach der Wahl die Hürden beseitigen“

wagt, die Brutalität, den Antisemitismus und die Unmenschlichkeit seiner einstigen Kumpane anzuprangern. Damit hat er im Kampf gegen den Terrorismus mehr bewirkt als die Polizei.“

Auch der französische Geheimdienst hätte den deutschen Kollegen womöglich einen Tip geben können. Klein soll, nach Spekulationen von Insidern, den Franzosen mit Erkenntnissen über den Top-Terroristen Carlos ausgeholfen haben.

Der Entschluß, sich schließlich zu stellen, ist Klein nach Aussagen seiner Unterstützer äußerst schwergefallen. Die Motive waren vielfältig: Reflexionen zu seinem 50. Geburtstag im vergangenen Dezember und der Wunsch, das eigene Leben seinen beiden Kindern begreiflich machen zu können, spielten vermutlich ebenso eine Rolle wie schlichte Not. „Die finanzielle Unterstützung blieb mehr und mehr aus“, berichtet Kontaktmann Bouguereau, der selbst einen großen Teil der Miete in Sainte-Honorine übernahm. „Er wußte kaum noch, wie er das Öl für die Heizung bezahlen sollte.“

Gegen Cohn-Bendit hat jetzt die Staatsanwaltschaft Frankfurt wegen des Verdachts der Strafvereitelung Ermittlungen eingeleitet – ein hessischer FDP-Politiker hat ihn angezeigt. Doch ohne weitere Erkenntnisse aus den Vernehmungen Kleins wollen die Beamten davon absehen, die für konkrete Nachforschungen nötige Aufhebung von Cohn-Bendits Immunität zu beantragen.

Daß Klein sich mehrfach in Interviews und in seinem Buch detailliert über seine Beteiligung an dem Opec-Überfall geäußert hat, muß nach Auffassung seines Anwalts Eberhard Kempf vom Gericht honoriert werden: „Die vollständige Offenlegung seiner Tat einschließlich der Mittäter bedeutet, daß die Kronzeugenregelung anzuwenden ist.“

Vielleicht kann Klein seinen 60. Geburtstag in Freiheit feiern.

in der Union die zwangsläufige Folge eines falschen Kampagnenkonzepts.

Schon mit der Kür Gerhard Schröders zum Kanzlerkandidaten nach der Niedersachsen-Wahl im März wurde die CDU auf dem falschen Fuß erwischt. Kohl hatte fest mit Lafontaine gerechnet. Die CDU-Spitze, ganz auf einen Links-Rechts-Lagerkampf alter Couleur eingestimmt, versucht seitdem vergeblich, Schröder „zu stellen“.

Zunächst glaubte Kohl, dem Landespolitiker Schröder mit einer großen Euro-Inszenierung die Schau stehlen zu können. Der Kanzler als großer Staatsmann, der die Deutschen und ihre stabile Mark in ein glücklich vereintes Europa führt – Bilder und Szenen vom erfahrenen Weltpolitiker sollten das Wahlvolk bei Laune halten, sanfte Verheißungen einer rosigen Konjunktur Optimismus erzeugen.

Der Brüsseler Euro-Gipfel im Mai ging daneben. Das Gezänk um die Bestallung des ersten europäischen Zentralbankchefs überschattete alles. Seitdem wollte Kohl vom Euro als Wahlkampfthema nicht mehr viel wissen.

Wie aber sollte der smarte Schröder in die Defensive gebracht werden? Schäuble empfahl immer wieder einen argumentativen Wahlkampf, Generalsekretär Hintze verlangte nach scharfer „Polarisierung“. Entscheiden konnte sich die Union bis zum Finale für keine der beiden Strategien.

Das Konrad-Adenauer-Haus zog eine Kampagne gegen den „grünen Wahn“ auf, malte das Schreckbild einer rot-grünen Bundesregierung mit kräftigen Farben aus. Bis Kohl die Zuspitzung höchstpersönlich ad absurdum führte, indem er in der „Zeit“ eine schwarz-grüne Zusammenarbeit eines fernen Tages vorhersah.

Die Zuspitzer um Hintze waren wie vom Donner gerührt. Ihre schwungvolle Attacke („Laß Dich nicht anzapfen“) gegen den 5-Mark-Benzin-Beschluß der Grünen, zunächst bei der Union gefeiert, erwies sich schnell als Bumerang. Schäuble, in die Kampagne nicht eingeweiht, stellte seinen Entwurf für ein CDU-Zukunftsprogramm

vor – mit Vorschlägen für eine höhere Besteuerung von Energie.

Es folgte ein wochenlanger Steuerstreit innerhalb der Union. Grüne wie Sozialdemokraten feixten, das Publikum wunderte sich, die Anhänger der Union nahmen übel.

Nicht viel mehr Glück hatte Hintze mit der neu aufgelegten Rote-Socken-Kampagne. Sein altfränkisch wirkendes Plakat mit den roten Händen, Symbol für die Nähe von PDS und SPD, sorgte bestenfalls für etwas Mobilisierung im Westen. Und mit Sicherheit für erheblichen Ärger im Osten,

es gute Neuigkeiten. Der Aufschwung sei da – „unser Aufschwung“, wie die CDU nicht zu sagen vergaß – und die Trendwende am Arbeitsmarkt mit ihm. Diese Botschaft verfiel beim Publikum jedoch nicht recht: Republikweit sind noch immer rund vier Millionen Menschen ohne Arbeit. Die statistisch erfaßte „Trendwende“ im Osten wurde nur durch massives Nachbessern mit ABM-Stellen erreicht.

Je länger die unverdrossen prophezeite Wende im Wahlkampf zum Guten der Union ausblieb, desto hektischer zogen die Matadore neue Themen herbei.

Wahlgang berief Kohl den Chef der Jenoptik zum Berater für „Zukunft und Innovation“ – Dienstantritt nach dem 27. September. Eine Woche lang gab Späth Interviews mit wohlwollenden Bemerkungen über die Große Koalition – und zog sich alsbald wieder nach Jena zurück.

Während Kohl mehrmals apodiktisch verkündete, mit ihm als Regierungschef sei im Falle einer Großen Koalition keinesfalls zu rechnen („Das mache ich nicht! Das ist mein letztes Wort!“), waren vom hingehaltenen Nachfolger Schäuble solche Töne nicht zu hören. Er stellt sich offenbar darauf ein, daß am kommenden Sonntag seine Zeit im Wartestand womöglich ein Ende finden könnte.

Nur wenig mehr als einen Prozentpunkt müßte die Union nach derzeitigem Stand noch zulegen und die SPD einbüßen, schon stünde Schäuble da mit dem Kelch, von dem er sich öffentlich immer gewünscht hat, er möge an ihm vorbeigehen: der Kanzlerjob.

Kein Wort dazu von Schäuble bei Auftritten in seiner badischen Heimat am vorigen Donnerstag. „Wenn wir die Wahl gewinnen, setzen wir die Regierung unter der Führung von Helmut Kohl fort“, sagt er, als sei dies die einzige Option. Wer mehr heraushören will, muß eingestreute Halbsätze abklopfen: „Mit der Zweitstimme wählen Sie Helmut Kohl und, in gewissem Sinne, natürlich auch mich.“

Schröder, „die Plakatfigur“, erwähnt Schäuble kaum. Ziel programmatischer Attacken ist Lafontaine, denn in ihm sieht er den kongenialen Gegner – und Partner. Beide verbindet die Fähigkeit, Kompliziertes demagogisch zu verknapen und strukturell zu denken – auch die Attentate im gleichen Jahr 1990 und natürlich der Wille zur Macht.

Schäuble würde, so heißt es in der CDU, keine Sekunde zögern, mit Lafontaine als Juniorpartner anzutreten.

Unüberhörbar hat sich auch Lafontaine in Position gebracht. Ausdrücklich zollte er dem Querschnittgelähmten „großen Respekt“ für seine Lebensleistung. Er halte Schäuble sehr wohl für fähig, so der gewiefte Saarländer, jedes politische Amt in Deutschland zu übernehmen. Daß sich die SPD nicht zieren würde, als Juniorpartner unter einem CDU-Kanzler in die Regierung zu gehen, vergaß er nicht hinzuzufügen, zum Erstaunen des Kanzlerkandidaten Schröder.

Für den Wahlabend hat Lafontaine sichergestellt, daß eines deutlich wird: Die SPD hat zwei Chefs – den Kanzlerkandidaten und den Parteichef. In der Bonner Baracke, im freigeräumten Büro des Geschäftsführers, werden die beiden warten, bis sich die Hochrechnungen stabilisieren. Dann werden sie vor die Fernsehkameras treten und die Konsequenzen aus der Wahl ziehen – Seit' an Seit'. ♦



A. PROESE

Kontrahenten Schäuble, Lafontaine: Partner in einer Großen Koalition?

wo die Wahl am 27. September voraussichtlich entschieden wird.

Der Dresdner Ministerpräsident Kurt Biedenkopf rühmt sich bis heute, gemeinsam mit Thüringens Regierungschef Bernhard Vogel und anderen die Hintze-Idee „sehr schnell“ beerdigt zu haben: „Diese Kampagne bringt nichts. Davon hören wir ja auch nichts mehr.“ Tatsächlich tauchte das Plakat im Osten nicht auf.

Erst später verfiel die CDU darauf, die Ostwähler mit guten Botschaften denn mit alten Vorwürfen zu umwerben. So begann sie, die neuen Länder mit Großplakaten zu verzieren, die unter einer roten Rose farbig-fröhliche Aufnahmen von vier Vorzeigeobjekten des Aufbaus Ost zeigen. Motto der Kampagne: „Blühende Landschaften wählen! – CDU“. Aber auch im Westen, so propagierte sie plötzlich, gebe

Fast dankbar reagierte Generalsekretär Hintze, als sich im August die Lage im Kosovo und die Krise in Rußland zuspitzten. Endlich, so jubilierte der Kampagnen-Preddiger der Union, habe der Wahlkampf „ein neues Thema“ erhalten. Nun wurde Kohl als „Garant für Stabilität“ in Szene gesetzt, der Deutschland vor rot-grünem Dilettantismus in der Außenpolitik bewahrt.

Nie zuvor, mokierte sich ein Intimus von Verteidigungsminister Volker Rühle, habe es in der Wahlkampfführung der CDU „eine solche Konfusion gegeben“.

Um ein bißchen Glanz um sich herum aufschimmern zu lassen, griff Kohl auf alte Widersacher zurück: Querdenker Kurt Biedenkopf wurde für Partei-Einsätze reaktiviert, und auch der beim Bremer Parteitag 1989 gescheiterte Rebell Lothar Späth kam wieder zu Gnaden. Fünf Wochen vor dem